



NETZWERK
WISSENSCHAFT

Ernst Dieter Rossmann

Wissenschaftskommunikation nach der Krise – eine politische Einschätzung

E-PAPER DER FRIEDRICH-EBERT-STIFTUNG

Die Corona-Krise hat auch Auswirkungen auf das Verhältnis von Wissenschaft und Politik. Wechselseitig wird das Verständnis für das jeweilige andere Teilsystem und seine Funktionslogiken wachsen müssen. Gerade jetzt brauchen Wissenschaft und Politik den respektvollen Umgang miteinander. Der Beitrag nimmt Bezug auf die von der Friedrich-Ebert-Stiftung initiierte Artikelreihe zu Wissenschaftskommunikation und argumentiert:

Die qualifizierte Politikberatung aus der Wissenschaft heraus sollte systematisch und vorausschauend ausgebaut werden. Für die wissenschaftliche Politikberatung braucht es verlässliche, interdisziplinär ausgewiesene und mit Autorität versehene Institutionen. Die Idee einer mit öffentlichen Mitteln finanzierten Stiftung für Wissenschaftsjournalismus liegt im allgemeinen Interesse und muss deshalb auch von der politischen Debatte jetzt konzentriert und zielgerichtet aufgegriffen werden.

Die Friedrich-Ebert-Stiftung hat jüngst und dankenswerterweise in zwei Papieren aus zwei Blickwinkeln die Wissenschaftskommunikation in Zeiten der Corona-Krise zum Thema gemacht. Stefanie Molthagen-Schnöring, Professorin für Wirtschaftskommunikation und Vizepräsidentin für Forschung und Transfer an der Hochschule für Technik und Wirtschaft (HTW) Berlin hat ihre Fragen nach den Zielgruppen von Wissenschaftskommunikation, den Wegen ihrer Erreichbarkeit und die Auseinandersetzung mit der Sehnsucht nach Eindeutigkeit in der Schlussfrage gebündelt, wie die Wissenschaft den aktuellen Vertrauensvorschuss über die Zeit retten kann (Link zum Beitrag: <http://library.fes.de/pdf-files/studienfoerderung/16765.pdf>). Der freie Journalist, Autor und Moderator Jan-Martin Wiarda diagnostiziert ein Dilemma des Wissenschaftsjournalismus, fragt nach neuen wirtschaftlichen Strukturen für den Wissenschaftsjournalismus und reflektiert das Pro und Contra einer zentralen Förderinstitution für dessen systemrelevante Funktion (Link

zum Beitrag: <http://library.fes.de/pdf-files/studienfoerderung/16781-20200403.pdf>).

Im politischen Bereich verzeichnen wir neben breiter angelegten Initiativen aus Wissenschaft wie Journalismus zur Stärkung der Wissenschaftskommunikation seit Beginn der laufenden Legislaturperiode aufgekommene und vom Ministerium für Bildung und Forschung genauso wie aus dem Parlament heraus beförderte und stimulierte Debatten zu diesem Thema. Auf ein Grundsatzpapier des Ministeriums vom November 2019 folgte ein Parlamentsantrag der Koalitionsfraktionen von CDU/CSU und SPD vom Dezember 2019 mit einer dazu gehörigen Debatte vom 19.12.2019 im Bundestag und als erste Parlamentssinitiative aus der Opposition ein Antrag der FDP vom März 2020. Ein für den 25.3.2020 vorgesehenes Fachgespräch zum Thema mit einem einschlägigen

Kreis von neun Expertinnen und Experten konnte dann leider nicht stattfinden, weil die Corona-Krise zur Unterbrechung der normalen Parlamentsarbeit führte.

Es ist schon eine kleine historische Ironie, dass die Wissenschaftskommunikation seitdem durch die Wirklichkeit der Corona-Pandemie in der Wahrnehmung und Umsetzung von politischen Entscheidungsträger_innen höchste Relevanz bekommen hat und sich ein äußerst enges Zusammenwirken von Politik, Wissenschaft und Medien in der Bekämpfung dieser umfassenden Bedrohung beobachten lässt. Wissenschaftskommunikation im weiteren Sinne hat damit, wie Jan-Martin Wiarda es in seinen Ausführungen dann noch fokussiert auf den Wissenschaftsjournalismus zuspitzt, in diesen Zeiten der Corona-Pandemie eine systemrelevante Funktion: Als Beratung für die demokratisch legitimierten politischen Entscheidungsträger_innen unter anderem zu Fragen der Virologie und der Bekämpfung der Pandemie. Als Aufklärung für die breite Öffentlichkeit über die wissenschaftliche Begründung von getroffenen und möglichen weiteren Maßnahmen des Gesundheitsschutzes. Als Orientierungsinstante zur Einordnung der Corona-Pandemie in ethische, politische, ökonomische und ökologische Zusammenhänge. Und in einem Schulterschluss von Wissenschaft und Journalismus als Dialog-Partner für besorgte und verunsicherte Bürgerinnen und Bürger sowie für eine engagierte Zivilgesellschaft.

DAS JAHR VON CORONA UND DAS ZUSAMMENWIRKEN VON WISSENSCHAFT UND POLITIK

Was in diesen Krisenzeiten selbstverständlich ist, muss in seiner grundsätzlichen Bedeutung begriffen werden, um daraus über die Krise hinausreichende Analysen vorzunehmen und nachhaltige Konsequenzen ziehen zu können. Zur Moderne im politischen Handeln gehören Auseinandersetzungen und Klärungen entlang von Interessen und Werten, auf deren Basis sich Parteien gründen und in ihrer Identität definieren, nach deren Wahrnehmung und Bewertung Wahlentscheidungen getroffen werden und Macht verteilt wird und nach denen auch letztlich politische Kompromisse verhandelt und politische Entscheidungen getroffen werden.

Natürlich haben wissenschaftlich begründete Erkenntnisse und Projektionen in diesem politischen

Spannungsfeld von Interessen und Werten auch früher schon eine Rolle gespielt, aber nicht derart zentral, wie sie seit der Zeitenwende nach dem 2. Weltkrieg mit den exponentiell wachsenden Erkenntnissen insbesondere in den Naturwissenschaften aufgekommen sind und den hierdurch angestoßenen Innovationen durch neue Technologien und damit verbundenen Chancen und Risiken. Hierfür stehen beispielhaft die politischen Debatten um die militärische und die zivile Nutzung der Atomspaltung, die Potentiale der Raumfahrt, die Informationstechnologie, die neuen Kommunikationsmedien bis hin aktuell zur künstlichen Intelligenz, die Biotechnologien und die Möglichkeiten der Genmanipulation, der Erhalt der biologischen Diversität von Böden und Meeren und die Welternährung, die globale Überhitzung und die Stabilisierung der klimarelevanten Emissionen. Man muss kein Prophet sein, um den Schutz vor Pandemien in diesen sich in der Welt von morgen noch ganz gewiss erweiternden Katalog an Wissenschafts- und Wahrheitsthemen der Politik mit aufzunehmen.

Gewiss: Die Hinterlegung und Legitimation von politischer Bewegung mit vermeintlich wissenschaftlich begründeten Gewissheiten hat es früher auch schon gegeben. Der dialektische und historische Materialismus bis hin zu dessen Perversion im realen Kommunismus führten allerdings wie in anderen totalitären Systemen auch in ihren Konsequenzen im Umgang mit Wissenschaft und deren Zusammenwirken mit Gesellschaft und Politik in ein grausames Debakel. Die Entfaltung der freien Wissenschaft in den offenen Demokratien hat für alle deren soziale, ökonomische und auch ökologische Potentiale erhöht, aber eben gleichzeitig auch globale Herausforderungen mitsamt Chancen und Risiken mit sich gebracht, denen sich die Wissensgesellschaften der Zukunft mit ihren immer stärker werdenden Teilsystemen der Wissenschaft jetzt ethisch, kommunikativ und auch pädagogisch stellen müssen. Hier liegen nicht zuletzt Aufgabe und Sinn von Politik.

VERWISSENSCHAFTLICHUNG, WISSENSCHAFTSVERSTÄNDNIS UND POLITISCHE GESTALTUNG

Stefanie Molthagen-Schnöring wirft in ihrem Beitrag die Grundsatzfrage auf, wie man in der Verwissenschaftlichung vieler Lebenszusammenhänge und Zukunftsentwicklungen der Sehnsucht der meisten Menschen nach Eindeutigkeit begegnet. Denn dieses

Verlangen steht vom System her konträr zur zentralen wissenschaftstheoretischen Prämisse, dass wissenschaftliche Theorien, Wahrheiten und Projektionen prinzipiell widerlegbar und damit immer nur vorläufig und relativ sein können. Eine Antwort, die das Vertrauen in die Wissenschaft selbst betrifft, liegt gewiss in den von der Autorin benannten Kategorien der Kompetenz, des Wohlwollens und der Integrität, d.h. Kompetenz durch exzellente Wissenschaft und deren Vermittlung, Wohlwollen durch Stabilität und Orientierungsfähigkeit von Wissenschaft und Integrität durch realistische Selbsteinschätzung der Möglichkeiten und Grenzen von Wissenschaft.

Die Grundsatzfrage von Stefanie Molthagen-Schnöring richtet sich aber auch an die weitere Öffentlichkeit und die Systeme von Wirtschaft und Politik und deren Repräsentant_innen und Akteure. Nicht wenige der Akteure in der Politik scheuen unter dem Erwartungsdruck ihrer jeweiligen Wählerschaft und Interessenvertreter_innen Offenheit, Relativierung, Unsicherheit, Ambiguität. Kruder Populismus und Wissenschaftsfeindlichkeit sind da nur die Spitze des Eisberges, die aus einer immer noch viel zu großen Masse an Distanz zu Intellektualität und Wissenschaft herausragt. Die Zukunft wird sich aber nicht anders bestehen lassen. Gerade die Volksvertreter_innen in den Parlamenten werden lernen müssen, Wissenschaft im Allgemeinen in ihrer Methodik und Begrenztheit und im Konkreten in ihren jeweiligen Themen und den begründeten Ableitungen zu verstehen und in ihre Handlungsstrategien einzubeziehen. So wie die Repräsentant_innen und Akteure von Wissenschaft und Forschung die komplexen Aufgaben von politischer Gestaltung, das Primat der Demokratie und ihrer Legitimation verstehen lernen müssen. Wissenschaft und Politik brauchen den respektvollen Umgang miteinander und sie brauchen auch mehr wechselseitigen Austausch und mehr Beratung.

POLITIKBERATUNG DURCH DIE WISSENSCHAFT UND WISSENSCHAFTLER IN DER POLITIK

Das nicht zufällig in der epochalen Auseinandersetzung um die Risiken der Atomenergie entstandene Instrument der Technikfolgenabschätzung muss und kann auf allen Ebenen ausgeweitet werden. Enquete-Kommissionen im Zusammenwirken von Politik und Wissenschaft verdienen mehr Aufmerksamkeit. Die qualifizierte Politikberatung aus der Wissenschaft heraus ist auszubauen – systematisch, komplex, vo-

rausschauend genauso wie anlass- und krisenbezogen. Die drei Ad hoc – Stellungnahmen der Nationalen Akademie der Wissenschaften Leopoldina sind hierzu ein beispielhafter anspruchsvoller Vorstoß, berechtigte Kritik im Einzelnen hin oder her. Wenn wir nicht einen Nationalen Wissenschaftsberater, einen Scientific Advisor für die Regierung, analog dem Institut des Sicherheitsberaters nach amerikanischem Muster haben wollen, braucht es für die wissenschaftliche Politikberatung verlässliche, interdisziplinär ausgewiesene und mit Autorität versehene Institutionen. Kurzfristig zusammen gerufene Beratungskreise von Ministerpräsidenten, wie sie jetzt in der Corona-Krise im föderativen Ehrgeiz aus der Taufe gehoben worden sind, sind sicherlich nicht so zielführend wie langfristig gesicherte Einrichtungen einer freien, politisch und wirtschaftlich unabhängigen, wissenschaftsgeleiteten und wissenschaftlich orientierten Politikberatung. Der aktuelle Vorschlag aus der Leopoldina heraus zu einer solchen „Querschnittseinheit Wissenschaftstransfer“ unter Einschluss der Dimension von Wissenschaftskommunikation ist ein sehr ernst zu nehmender Vorschlag. Das Corona-Jahr mit seinen Erfahrungen bietet leider wahrlich genug Anlass, hier zu neuen Initiativen zu kommen.

Es motiviert hoffentlich auch Parteien wie Bürger_innen, vermehrt Volksvertreter_innen in die Parlamente zu entsenden, die durch ihre wissenschaftliche Arbeit ausgewiesen sind und diese Kompetenz in das Entscheidungs-dreieck von „Werten, Interessen und Wahrheiten“ einbringen können. Wir brauchen solche Brückenbauer zwischen den Systemen in der Zukunft, als Erklärer, Vermittler, Vorbild, persönliche Autoritäten. Mehr Wissenschaftler_innen in der Politik können auch dafür sorgen, dass die Systemlogiken der Politik, des Rechts, der Ökonomie, die von der überwiegenden Mehrheit der Volksvertreter_innen gegenwärtig noch durch ihren beruflichen Werdegang repräsentiert werden, mit einer anderen relevanten Systemlogik, eben der der Wissenschaft, verbunden werden. Das kann nicht nur fruchtbar werden in Bezug auf die Inhalte, sondern auch auf die Methodik von Politik. Um es ebenso banal wie aktuell zu veranschaulichen: Das systematische Vorgehen einer Bundesregierung, die von einer Wissenschaftlerin geführt wird und deren Anti-Corona-Strategie von einem wissenschaftlich besonders ausgewiesenen Narkose-Arzt als Minister administriert wird, ist sicherlich effektiver und Vertrauen erweckender als das erratische Vorgehen eines Präsidenten, der als Show-Meister und Immobilien-Mogul

qualifiziert ist und der die Hauptverantwortung für die Administration in der Corona-Krise an seinen Stellvertreter, einen evangelikalen Anwalt und Moderator, abgegeben hat.

WISSENSCHAFTSKOMMUNIKATION – BREITBANDIG, VIELFÄLTIG, KRITISCH, NACHHALTIG

Ob die Monate der Wissenschaft, in der Forschungseinrichtungen wie auch einzelne Wissenschaftler_innen mehr denn je Gesicht und Popularität bekommen, wie wir es in der Corona-Krise gegenwärtig erleben, zugleich das Jahr der Wissenschaftskommunikation und des Wissenschaftsjournalismus befördern und zu einer nachhaltigen Stärkung dieser Dimension von Wissenschaft beitragen können, wird abzuwarten sein. Die Chance ist jedenfalls da, dass der FactoryWisskomm-Prozess, den sich das Ministerium für Bildung und Forschung für dieses Jahr in einer Denkwerkstatt auf Leitungsebene verordnet hat, hierdurch einen ordentlichen Schub bekommt, konzeptionell, institutionell, finanziell.

Die bisher vorliegenden Parlamentsanträge dokumentieren, welche Fülle von einzelnen Projekten und Initiativen sich in Deutschland zu allen Bereichen der Wissenschaftskommunikation entwickelt hat, von Forschungsmuseen, und Zukunftshäusern, von Wissenschaftskampagnen und Wissenschaftsmedien, von Bürgerwissenschaft und Wissenschaftsdialogen. Immerhin sind auch die freien Haushaltsmittel des Bildungs- und Forschungsministeriums von einem IST im Jahr 2018 von 11,901 Millionen auf ein SOLL in 2020 in Höhe von 17,450 Millionen für den Titel Wissenschaftskommunikation und Partizipation gewachsen. Wenn sich auch diese Mittel noch immer als relativ begrenzt darstellen, so kann mit Recht darauf verwiesen werden, dass viele zusätzliche Ressourcen in den Etats der Wissenschafts- und Forschungseinrichtungen selbst mobilisiert werden. Gleichwohl wird die allen exemplarisch deutlich gewordene Bedeutung von Wissenschaft und deren Kommunikation in der Corona-Krise dazu führen müssen, hier auch noch breitbandiger, vielfältiger und innovativer aufzutreten, als es bisher der Fall ist. Der Hinweis in dem Bundestagsantrag der FDP unter der Überschrift „Elitenwirkung und Breitenwirkung“ wird dabei zwingend aufzunehmen sein, dass eine entscheidende Aufgabe der Wissenschaftskommunikation ist, „diejenigen zu erreichen, die nicht von sich aus auf die Informationsquellen zugehen. Die

Wissenschaft hat eine Bringschuld gegenüber der Bevölkerung und muss ihre Botschaften so senden, dass sie bei denen ankommen, die sie betreffen.“

Bei Stefanie Molthagen-Schöning findet sich in ihrem Eröffnungsbeitrag zur Debatte der Friedrich-Ebert-Stiftung die Aussage, „häufig liest man, Wissenschaftler_innen wollten heute nicht mehr nur ihre resgleichen erreichen, sondern „die Öffentlichkeit“ (manchmal sogar die „breite Öffentlichkeit“). Abgesehen davon, dass dies nicht realistisch ist, erscheint es auch in den seltensten Fällen sinnvoll.“ Das BMBF hat in seinem Grundsatzpapier zur Wissenschaftskommunikation in bemerkenswerter Entschiedenheit den Punkt gesetzt, dass aus seiner Sicht „vor allem Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler primäre Akteure der Wissenschaftskommunikation“ sind. Durch Transparenz und Dialog können sie selbst einen wichtigen Beitrag leisten, das Vertrauen in Wissenschaft zu stärken. Wissenschaftskommunikation soll grundständig im Wissenschaftssystem verankert werden. Entsprechend möchte das BMBF im Rahmen der wissenschaftlichen Selbstverwaltung bestehende Reputationslogiken unter Wahrung der wissenschaftlichen Exzellenz überdenken, Möglichkeiten zur Entwicklung von Kompetenzen in der Wissenschaftskommunikation schaffen und einen besseren Transfer von Wissenschaftskommunikationsforschung und -praxis methodisch stärken. Besonders relevant ist dazu auch die Ankündigung des Ministeriums, die Wissenschaftskommunikation als integralen Bestandteil der BMBF-Förderung auszubauen, mit Qualitätsstandards abzusichern und die Evaluation und Wirkungsmessung auszubauen.

Was sich hier als Programmatik abzeichnet, hat sich an vielen Stellen im System der Forschungseinrichtungen, Hochschulen und Förderorganisationen schon konkret niedergeschlagen. Einige Beispiele an Vorboten für diesen Kulturwandel in der Wissenschaft sollen hier genannt werden. Mit dem NaWik gibt es ein Nationales Institut für praxisorientierte Fortbildungen in der Wissenschaftskommunikation. Die Körber-Stiftung vergibt ihre Projektmittel mit einem festen Prozentsatz an Mitteln für die Wissenschaftskommunikation. Die frisch gewählte Präsidentin der größten deutschen öffentlichen Förderinstitution für die Forschung, die DFG, setzt bemerkenswerte Akzente in der Öffnung der Wissenschaft und Forschung in die Gesellschaft hinein bis hin zu so sympathischen Ideen wie „einer Stunde Wissenschaft auf der Parkbank“.

Die entscheidende Debatte wird allerdings im Bereich der Hochschulen und deren Verständnis von Autonomie in der Lehre und Forschung zu der Frage zu führen sein, wieweit Wissenschaftskommunikation ein inhärenter verpflichtender Bestandteil von wissenschaftlicher Ausbildung und Forschungspraxis an den Hochschulen werden kann und soll. Diese Klärung wird sicherlich nicht im Jahr 2020 allein, dem Jahr von FactoryWissskomm, erfolgen, sondern eine Aufgabe für das ganze Jahrzehnt sein. Erste Schritte zur adäquaten Umsetzung dieser kommunikativen Seite von Wissenschaft sollten gleichwohl an allen Hochschulen eingeleitet werden.

DIE SYSTEMRELEVANZ DES WISSENSCHAFTSJOURNALISMUS

Die Corona-Krise hat es allen nachdrücklich deutlich gemacht. Der Wissenschaftsjournalismus ist ein zentraler Teil jeder umfassenden Strategie der Wissenschaftskommunikation. Er zeigt aktuell seine hohe Leistungsfähigkeit in der Vermittlung von notwendigen Informationen, Zusammenhängen und Hintergründen auf allen Medien. Er gibt Orientierung in der Darstellung und kritischen Aufarbeitung von verschiedenen wissenschaftlichen Positionen. Und er nimmt zunehmend auch sein Wächteramt wahr, sowohl gegenüber der Wissenschaft in der kritischen Auseinandersetzung mit den dort notwendigerweise auftretenden verschiedenen Denkschulen und daraus folgenden Konsequenzen in Forschungspraxis und wissenschaftlich geleiteten Handlungsempfehlungen wie gegenüber der Politik und der Wirtschaft in den dort getroffenen praktischen Entscheidungen. Hier wird noch vieles nachzuarbeiten und aufzuklären sein, wenn die prioritären Aufgaben der Eindämmung der Pandemie erfolgreich gelöst sind. Dann kommt die Zeit des investigativen Wissenschaftsjournalismus.

Jan-Martin Wiarda weist in seinem Beitrag allerdings auf eine gefährliche Paradoxie in unserer jetzigen Situation hin. Der Systemrelevanz eines qualitativ hochwertigen Wissenschaftsjournalismus, der gleichzeitig in die Breite der Gesellschaft wirken kann, steht ein dramatischer Rückgang an gesicherten kompetenten und unabhängigen Wissenschaftsjournalist_innen gegenüber. Ganz offensichtlich hat sich in der Corona-Krise die Nachfrage nach Wissenschaftsjournalismus dem Anschein nach verstärkt, wenn man nur die Seitenumfänge in den Printmedien, die Sendezeiten in den Rundfunkmedien oder

die Prioritätensetzung in den Blogs und anderen sozialen Medien betrachtet. Gleichzeitig drohen unter diesem krisenbedingten und auf die Corona-Pandemie fixierten Hype wichtige Basisstrukturen und gefestigte Beschäftigungsverhältnisse weiter wegzubrechen und letztlich auch Qualität und Komplexität von Wissenschaftsjournalismus zu leiden. Vereinigungen wie die Wissenschaftspressekonferenz oder Institutionen wie das Science Media Center weisen mit Recht darauf hin, dass es hier über schnelle Unterstützungsmaßnahmen hinaus langfristige Lösungen zur Sicherung des Wissenschaftsjournalismus geben muss. Sie bringen eine Stiftung zur Förderung des Wissenschaftsjournalismus in die Diskussion ein, deren Stiftingskapital sich aus Mitteln speisen soll, die von Unternehmen, Stiftungen, Mäzenen und eben auch dem Staat bereitgestellt werden.

EINE STIFTUNG FÜR DEN WISSENSCHAFTSJOURNALISMUS – TABU ODER LÖSUNG?

An diesen möglichen staatlichen Mitteln entzündet sich ein Grundsatzstreit, der dankenswerter Weise auch von Jan-Martin Wiarda thematisiert wird und der jetzt im politischen Diskurs dringend geklärt werden muss. Es ist schließlich ein Kernbestandteil der freiheitlichen Demokratie, dass Wissenschaft und Forschung ebenso wie Medien und Journalismus von direkten und indirekten Einflüssen staatlicher Seite möglichst frei gehalten sein sollten. Unsere Verfassung führt aus guten Gründen die Prinzipien der Freiheit von Wissenschaft und Forschung und die Prinzipien der Pressefreiheit im gleichen Artikel 5 auf und schweißt diese beiden Freiheiten damit zugleich zusammen. Beide Freiheiten gründen auf einem hohen Maß an Unabhängigkeit und Transparenz gegenüber Interessen und politischer Macht. Nur beide Freiheiten brauchen doch zugleich den Schutz und letztlich auch die Unterstützung von Staat und Politik.

Umso unverständlicher ist es, wie selbstverständlich die milliardenschwere Förderung von Wissenschaft und Forschung durch staatliche Instanzen akzeptiert ist und wie groß das Tabu um die Frage gelegt ist, ob staatliche Mittel auch in die Infrastruktur von Wissenschaftsjournalismus fließen dürfen. Wenn hier die direkte Finanzierung von Wissenschaftsjournalismus aus öffentlichen Mitteln mit Recht als übergriffiger Staatsjournalismus kritisiert werden kann, so stehen doch mit Stiftungsmodellen Rechts-

konstruktionen bereit, die ganz praktisch ausreichende Unabhängigkeit und Freiheit in der Förderung garantieren können. Der Staat würde darüber seiner auch grundgesetzlich aufgegebenen Schutzfunktion gerecht werden, ohne die gleichzeitig grundgesetzlich aufgegebenen Grenzen der Beeinflussung übertreten zu müssen.

Jan-Martin Wiarda artikuliert hierzu die Sorge, ob am Ende dann jedes Ministerium seine eigene Journalismus-Stiftung einrichtet. Unabhängig, davon, dass diese Sorge schon weit über den aktuellen Streit im Grundsätzlichen hinausgreift, sollten wir in der politischen Diskussion dieses Ressortdenken nicht zu hoch gewichten. Um noch einmal die schon von anderer Seite angeführte Analogie zur Deutschen

Forschungsgemeinschaft zu bemühen: Auch hier wird nicht gefragt, ob denn nicht jedes Forschungsfeld eigentlich seine eigene Forschungsgemeinschaft bräuchte. Dass jetzt der besonders prekäre und gleichzeitig systemrelevante Wissenschaftsjournalismus auf eine konkrete Unterstützung drängt, macht diese Idee ja nicht schlechter. Deshalb ist Jan-Martin Wiarda nur zuzustimmen: „Die Stiftungsidee ist zu gut, zu vielversprechend, um sie einfach zur Seite zu wischen.“ Im Gegenteil: Sie liegt im allgemeinen Interesse und muss deshalb auch von der politischen Debatte jetzt konzentriert und zielgerichtet als Zukunftsprojekt im Sinne einer öffentlichen und privaten Partnerschaft aufgegriffen werden. Das Jahr der FactoryWisskomm und die Beratungen im Bundestag sollten hierzu ausreichend Gelegenheit geben.

IMPRESSUM

Copyright by Friedrich-Ebert-Stiftung 2020
Hiroshimastraße 17, 10785 Berlin
Abt. Studienförderung
Redaktion: Dr. Martin Pfafferott,
Theresia Müller vom Berge
Illustration auf Seite 1: © Johannes Beck
Gestaltung & Satz: minus Design, Berlin

DER AUTOR DIESER PUBLIKATION

Ernst Dieter Rossmann ist Bundestagsabgeordneter der SPD und Vorsitzender des Ausschusses für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung des Deutschen Bundestags.

DAS NETZWERK

Das Netzwerk Wissenschaft behandelt aktuelle wissenschafts- und hochschulpolitische Fragestellungen in Form von Konferenzen und Publikationen. Ziel der Aktivitäten ist es, zur Herstellung von Bildungsgerechtigkeit im Hochschulwesen, zur zukünftigen Gestaltung des deutschen Hochschulsystems und zum Transfer wissenschaftlicher Erkenntnisse in fortschrittliche Politik beizutragen.

Unsere Publikationen können Sie per E-Mail nachbestellen bei: theresia.mueller-vom-berge@fes.de

Digitale Versionen aller Publikationen:
<https://www.fes.de/themenportal-bildung-arbeit-digitalisierung/bildung>

KONTAKT UND FEEDBACK

Dr. Martin Pfafferott
Leiter Bildung und Wissenschaft
der Friedrich-Ebert-Stiftung
martin.pfafferott@fes.de



Besuchen Sie unseren Bildungsblog
www.fes.de/bildungsblog

Folgen Sie uns auch auf twitter.

